

LEITARTIKEL

# Trumps Sekte von Opportunisten

Die US-Republikaner frönen dem Personenkult – Der Wahlkampf wird als Kulturkampf geführt

Man darf eine eindrucksvolle Inszenierung erwarten, wenn Donald Trump an diesem Donnerstag mit einer großen Rede vor ein paar hundert geladenen Gästen und der nächtlichen Kulisse des Weißen Hauses den Parteitag der US-Republikaner beendet. Es wird ein Tabubruch sein wie so viele zuvor bei dieser surrealen Veranstaltung: Nie in der jüngeren Geschichte hat ein Präsident seinen parteipolitischen Wahlkampf im offiziellen Amtssitz eröffnet. Der Verstoß gegen Normen und die Geringschätzung des Rechts sind Trumps Markenzeichen. Alles ist nur Show und die US-Präsidentenschaft zum Marketingartikel eines Egomane verkommen.



KARL DOEMENS  
ksta-politik@  
dumont.de

rungen von Chaos, Anarchie und Freiheitsverlust bis an die Schmerzgrenze geschürt. Je finsterner die Szenarien, je größer der Groll auf die „linke Meinungsdictatur“, desto heller strahlt das Bild des vermeintlichen Erlösers und eines wiederhergestellten Amerikas.

Doch nicht nur das Amt hat Trump gekapert, sondern auch seine Partei. Dazu boten die vergangenen Tage drastisches Anschauungsmaterial. Die 1854 im Kampf gegen die Sklaverei ge-

gründeten Republikaner sind zu einer prinzipienlosen Sekte von Opportunisten verkommen, vereint im Personenkult für den 74-jährigen.

Was gemeinsame Werte, Inhalte und ein Programm fehlen, müssen Gefühle bedient werden. Für Trumps weiße, evangelikale Kernwählerschaft sind das vor allem die Furcht vor Gottlosigkeit, dem Kommunismus, der Abtreibung, dem Fremden und der Einschränkung des Waffenrechts. Also wurden diese Ängste mit apokalyptischen Schilder-

ungen von Chaos, Anarchie und Freiheitsverlust bis an die Schmerzgrenze geschürt. Je finsterner die Szenarien, je größer der Groll auf die „linke Meinungsdictatur“, desto heller strahlt das Bild des vermeintlichen Erlösers und eines wiederhergestellten Amerikas.

Das Trump bereits seit vier Jahren im Amt ist, vor allem die Reichen reicher gemacht hat und die patriotisch verklärten USA unter seiner Verantwortung weltweit führend alleine bei der Zahl der Covid-19-Opfer geworden ist, wurde bei dem Parteitag kollektiv ausgeblendet. Die Pandemie, die Wirtschaftskrise, der strukturelle Rassismus der Gesellschaft, die Polizeigewalt, das Versagen des Gesundheitswesens – alles das kam allenfalls am Rande zur Sprache. Stattdessen flüchteten die Republikaner in eine alternative Realität, in der der Präsident die Corona-Krise glänzend gemeistert, die Rückkehr zur Normalität nur von den Demokraten verhindert wird und deren Präsidentschaftskandidat Joe Biden zu einem marxistischen Anarchisten mutiert. Der Höhepunkt der Perfidie aber ist erreicht, wenn Trump bei jeder Gelegenheit lautstark vor Wahlmanipulationen warnt, die er selber vorbereitet. Das mag für Außenstehende bizarr klingen, entfaltet intern aber durchaus Wirkung.

Trump wird den Wahlkampf als Kulturkampf führen. Die Bilder von brennenden Städten, wo sich nach rassistischer Polizeigewalt neben friedlichem Protest auch zielloser Zerstörungswille entlädt, kommen seinem zynischen Kalkül entgegen. Noch liegen die Demokraten in Umfragen vorne. Aber Trump wird buchstäblich alles tun, um deren Sieg zu verhindern.

KOMMENTAR

## Kleinlich und eigennützig

Mickriger Kompromiss zur Wahlrechtsreform

So großzügig die Koalitionäre in Berlin immer neue Corona-Hilfen verabreden, so kleinlich agieren sie bei der Reform des Wahlrechts. Union und SPD nähren damit den fatalen Eindruck, dass sie besonders freigiebig beim Verteilen von Steuergeldern sind und besonders zugeknöpft, wenn eigene Pfründe auf dem Prüfstand stehen.



ANDREAS NIESMANN  
ksta-politik@  
dumont.de

hangmandate dürfte vor allem der Union nutzen. In der nächsten Verhandlungsrunde hat sie sich durch Sturheit ein eklatantes Wettbewerbsvorteil gesichert. Die SPD wollte das eigentlich nicht mitmachen, hat sich aber am Ende gebeugt, um den Kompromiss zu ermöglichen – und um zu verhindern, dass der Zuschnitt der Wahlkreise schon vor der Wahl 2021 angepasst wird. Das nämlich wollten die Sozialdemokraten genauso wenig wie die Christsozialen.

Was die Chefs der Regierungsparteien hier als großen Durchbruch feiern, ist ein mickriger und fauler Kompromiss, der mit großer Wahrscheinlichkeit das Ziel verfehlen wird: die Verkleinerung des Bundestags. Mit etwas Glück führt das Reformchen dazu, dass das Parlament nicht noch weiter wächst. Das ist besser als nichts, aber es ist auch nicht viel besser. Die geplante Neuregelung der Über-

Union und SPD setzen nun darauf, dass den Menschen in der Corona-Krise die Hilfen der Regierung bei Kurzarbeit und Kinderkrankengeld wichtiger sind als technische Fragen des Wahlrechts. Möglich, dass diese Strategie aufgeht. Schlecht für die demokratische Kultur ist sie trotzdem.



Ernährungsberatung für den Bundestag

Heiko Sakurai

HINTERGRUND

## Tabletten für Heimkinder

Missbrauch von Medikamenten als „erzieherische Maßnahme“

Und irgendwann diese Tabletten, die haben mich, ich weiß nicht, betäubt. Ich war nicht mehr ich selber. Ich kann es nicht erklären, wie, aber der Kopf war zu.“ Was die heute 60 Jahre alte Jolinde Erwin (Name geändert) über ihre Zeit im Essener „Franz Sales Haus“, einem der größten deutschen Heime für schwer erziehbare oder geistig behinderte Kinder und Jugendliche beschreibt, klingt bisweilen wie ein fortgesetzter Horrortrip. Und das war es wohl auch – für Erwin und viele andere Bewohner des Heims.

Die Geschichte von Demütigungen insbesondere durch katholische Ordensfrauen der „Barmherzigen Schwestern von der hl. Elisabeth“, mit allen Formen seelischer und körperlicher Gewalt, sexuellen Missbrauch eingeschlossen, ist inzwischen breit dokumentiert. Dass auch systematischer Medikamentenmissbrauch zum Repertoire gehörte, zeigt nun eine Studie des Historikers Uwe Kaminsky und der Ethikerin Katharina Klöcker. Das Franz Sales Haus hat mit finanzieller Förderung und der kompletten Öffnung seines Archivs zur kritischen Erhellung der dunklen Historie beigetragen.

Die beiden Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum werteten dafür Hunderte Personalakten und Entschuldigungsanträge von Betroffenen an einen eigens dafür eingerichteten Stiftungsfonds des Franz Sales Hauses aus. Überdies führten sie eine Reihe von Interviews mit ehemaligen Bewohnern. Wie ihre Studie zeigt, diente die Verabreichung von Psychopharmaka und Neuroleptika einem mehrfachen Zweck. Diese sollten zum Beispiel beson-

arzt des Franz Sales Hauses, Waldemar Strehl, mit dem Darmstädter Pharma-Unternehmen Merck. Dessen Vertreter stellten Strehl das Beruhigungsmittel Decentan als Prüfpräparat „T57“ zur Verfügung und ließen sich von der Wirkung berichten. Strehl verstand sich dabei als eine Art „forschender Mediziner“. Ausdrücklich verboten war das nicht. Aber Strehl ging in seinem „Erkenntnisdrang“ so weit, dass er empfohlene Dosierungen teils so massiv überschritt, dass ihn die Merck-Vertreter ausdrücklich dafür tadelten. Strehls Rechtfertigung: In niedrigerer Dosierung hätten die Mittel nichts gebracht. Heftigste Nebenwirkungen wie Schreikrämpfe, Benommenheit und Lähmungen bis zum physischen Zusammenbruch schienen den Arzt nicht weiter gestört zu haben. Nach Ansicht der Ethikerin Klöcker ist das ein klares Argument für einen Missbrauch, den der Mediziner auch unter den damaligen Bedingungen als solchen hätte erkennen müssen.

Dass die Verschreibung und Vergabe der Präparate gegen den Willen der Kinder geschah, berichten diese selbst eindrucksvoll. „Es war einfach so, du musstest die Tablette nehmen, ist was Gutes, Gesundes und fertig“, berichtet der ehemalige Bewohner Klaus Turm (Name geändert), der von 1955 bis 1968 im Sales-Haus war. Bisweilen wurden die Tabletten den Kindern auch in pulverisierter Form auf dem Marmeladenbrot zum Frühstück untergejubelt.

Die Erziehungsberechtigten dürften nach Lage der Dinge ebenso wenig um ihre Zustimmung zum Einsatz von Medikamenten – geschweige denn, solchen in der Erprobungsphase – gefragt worden sein. Hier tut sich ein garsichtiger Graben auf zwischen den schon damals gültigen berufsethischen Standards und der ärztlichen Praxis. Eine Tabuisierung des Totalversagens während der NS-Herrschaft verhinderte bei den Medizinern nach 1945 lange eine selbstkritische Reflexion der eigenen Rolle.

Der Direktor des Franz Sales Hauses, Hubert Vornholt, spricht neben „bedrückenden Erkenntnissen“ der Studie zum Umgang mit Medikamenten von einer notwendigen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Tatsächlich leisten Kaminsky und Klöcker hier Vorbildliches. Sorgfältig und präzise arbeiten sie die zeitgeschichtlichen Kontexte heraus, vermeiden aber jede falsche moralische Entlastung der Täter oder eine Relativierung des Leids Betroffener nach dem Motto „so war das halt damals“. Ebenso entziehen sie einem – nahe liegenden – Empörung- und Überhebungsgeistes aus heutiger Sicht den Boden. Im Gegenteil: Angesichts des nach wie vor möglichen Einsatzes von Psychopharmaka in Heimen oder in der stationären Pflege werfen sie mit einem Prüfkatalog auch die Frage auf, wie später einmal über die Gegenwart geurteilt werden – und ob deren Praxis vor dem dann erreichten Erkenntnisniveau in Medizin, Pädagogik und Ethik Bestand haben wird. Nicht zuletzt das macht den besonderen Wert der Bochumer Studie aus.

JOACHIM FRANK

Uwe Kaminsky/Katharina Klöcker: **Medikamente und Heimerziehung am Beispiel des Franz Sales Hauses.** Historische Klärungen – Ethische Perspektiven, Ashendorff-Verlag, 270 S., 36 Euro

KOMMENTAR

## Vertretbares Verbot

Anti-Corona-Demos sollen in Berlin am Samstag unterbleiben

JAN STERNBERG

Das Verbot der für Samstag geplanten Berliner Corona-Demonstrationen durch die Senatsverwaltung ist fragwürdig, aber unter Abwägung des Für und Wider vertretbar. Juristisch wird der Streit nun über mehrere Instanzen ausgetragen werden.

Bereits während der Hochphase der Corona-Einschränkungen haben Gerichte im Zweifel für die Versammlungsfreiheit und gegen überzogene Verbote entschieden. Der zuständige Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) kann aber auf einschlägige Erfahrungen verweisen, die das Verbot begründen: Bei der vorigen Großdemonstration vor vier Wochen hatte die Polizei erkennbar Mühe, eine Antwort auf die massenhafte Verweigerung der Hygieneregeln zu finden. Gleiches hätte an diesem Wochenende droht.

Dass Vertreter der AfD die gut begründete und vor Gericht anfechtbare Entscheidung einer demokratischen Verwaltung mit diktatorischen Maßnahmen des Lukaschenko-Regimes in Belarus vergleichen, zeigt, wo die ehemalige „Rechtsstaatspartei“ gelandet ist. Sie bedient mit ihrer Scharfmacherei den Krawall.

Die extremen Gruppen insbesondere aus der rechten Szene, die auch zur Kundgebung aufgerufen hatten, werden mit einem kollektiven „Jetzt erst recht“ reagieren. In Chatgruppen wird schon in hysterischem Ton zur Revolte aufgerufen. Tausende werden so trotz oder gerade wegen des Verbots auf die Straße gehen, Spontankundgebungen anmelden und vermutlich auch versuchen, Camps auf zentralen Plätzen einzurichten. Für die Polizei macht das Verbot die Sache nicht leichter.

### Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont 1, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.  
**Chefredakteur:** Carsten Fiedler.  
**Stellvertreter:** Lutz Feierabend, Rudolf Kretz (Bezirke).  
**General Manager Digital:** Thomas Kemmerer.  
**Leitende Redakteure:** Wolfgang Wagner (Politik), Sarah Brasack (Premium).  
**Chefkorrespondent:** Joachim Frank.  
**Köln:** Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); **Landeskorrespondent:** Gerhard Voogt (Leitender Redakteur); **Neuwest:** Benjamin Quirin; **NRW/Story:** Detlef Schmalenberg.  
**Wirtschaft:** Thorsten Breikopf; **Sport:** Christian Loer; **Kultur:** Frank Olbert; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meysner; **Reportage/Wochenende:** Claudia Lehnen; **Chefreporter:** Peter Berger, Karlheinz Wagner; **Art Director:** Michael Janitzki; **Produktion:** Klaus Schröder; **RegioDesk:** Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.  
**Hauptstadtbüro:** Steven Geier (stv. Ltg.) RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.  
**Auslandsvertretungen:** Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribly; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.  
**Nachrichtenagenturen:** dpa, afp, sid, kna  
**E-Mail Redaktion:** ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224-2524.  
**Verlag:** M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co KG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.  
**Verlagsgeschäftsführer:** Carsten Groß, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).  
**Leiter Mediaverkauf und Marketing:** MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH; Matthias Litztenburger.  
**Leiterin Vertrieb:** Birgit Rollesbroich.  
 Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.  
 Das Bezugsgehalt enthält 5 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.  
 Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2020 und unsere Allgemeinen und Geschäftlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.  
**Druck:** DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.  
**Abonnenten-Service**  
 Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32  
 E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de  
**Anzeigen-Service**  
 Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91  
 E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de  
 Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.  
**Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de**